



Angst vor „Heuschrecke“

Ein ausländischer Hedge-Fonds nimmt offenbar den Daimler-Konzern ins Visier. Banken informierten den Autobauer in der vergangenen Woche über umfangreiche Käufe von Daimler-Aktien. Das bestätigte ein Aufsichtsratsmitglied gegenüber FOCUS.

Der unliebsame Investor soll bei seinen Transaktionen gezielt den niedrigen Börsenkurs ausnutzen. Das Daimler-Papier hatte zuletzt, auch angesichts einer Gewinnwarnung, massiv an Wert verloren. In der Stuttgarter Konzernzentrale wächst nun die Furcht vor dem Einstieg einer sogenannten „Heuschrecke“. Noch ist zwar unklar,

welche konkreten Pläne der Hedge-Fonds verfolgt und wie viele Aktien er tatsächlich erwerben will. In Alarmstimmung ist Vorsitzender Dieter Zetsche aber auch deshalb, weil der Autoreise schon seit Längerem als Übernahmekandidat gilt. Bei Daimler existiert kein Schutz durch Großaktionäre. Bedeutendster Eigner ist das Emirat Kuwait mit gerade mal 7,6 Prozent der Anteile.

Als Abwehrmaßnahme betreibt Daimler den Kauf eigener Aktien. Ein Konzernsprecher sagte zu FOCUS: „Wir sehen uns nicht als Übernahmekandidat, können eine Übernahme aber auch nicht ausschließen.“ *kay*

BÜROKRATIE

Freiheit für die Gurke

Die EU will zwar 27 der 37 Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse streichen, doch 75 Prozent des Umsatzes bleiben streng reguliert, wie Äpfel, Salat und Tomaten. „Die EU täuscht die Bürger beim Bürokratieabbau“, schimpft FDP-Fraktionsvize Birgit Homburger. Auf FDP-Anfrage bekannte die Bundesregierung nach der Abschaffung nationaler Handelsklassen: „Auswirkungen auf die Qualität sind nicht bekannt.“ Nun fordert Homburger Konsequenz: „Die Erfahrungen sind positiv. Die Regierung muss in der EU für die vollständige Abschaffung kämpfen.“ *kru*

INTERVIEW

„Wahlrecht schnell reparieren“

Karlsruhe darf Grundgesetz nicht außer Kraft setzen

Focus: Das Verfassungsgericht verlangt die Änderung des Wahlrechts, weil bei der Umrechnung der Stimmen in Mandate eine Partei für mehr Wähler weniger Sitze erhalten kann. Wie schnell kann reformiert werden?

Mahrenholz: Der Bundestag braucht nur zu entscheiden, welchem der Vorschläge er jetzt den Vorzug gibt. Dann mag nach der nächsten Bundestagswahl eine Feinarbeit beginnen, um letzte Unebenheiten zu beseitigen.

Focus: Karlsruhe lässt dem Bundestag aber Zeit bis 2011.

Mahrenholz: Das ist schwer zu verstehen. Das Gericht hat nach meinem Verständnis von Verfassungsgerichtsbarkeit nicht die Befugnis zu gestatten, dass die Bundestagswahl 2009 auf

MAHNER

Ernst Gottfried Mahrenholz, 79, war Vize des Verfassungsgerichts



Grund eines Wahlrechts stattfindet, dessen Mangel es gerade begründet hat. Verfassungsgerichtsbarkeit ist Gerichtsbarkeit gemäß des Grundgesetzes. Der Senat hat in einem überzeugenden, zum Teil wegweisenden Urteil die Verfassungswidrigkeit der gegenwärtigen Regelung festgestellt. Dann bleibt nach Artikel 38, der eine gleiche Wahl verlangt und der ausnahmslos für jede Bundestagswahl gilt, nichts anderes übrig, als das Wahlgesetz schon für 2009 zu reparieren.

kis